

Politikberatung der KMU aus geschichtlicher Perspektive

Inhaltsübersicht

1. Zusammenfassung
2. Einleitung
3. Methodisches Vorgehen
4. Entstehung und Entwicklung der Politikberatung bis zum Dritten Reich
 - 4.1. Frühe Neuzeit bis 19. Jahrhundert
 - 4.2. Weimarer Republik und Drittes Reich
5. Entwicklung der Politikberatung von der Besatzungszeit bis Wiedervereinigung
 - 5.1. Besatzungszeit der Alliierten
 - 5.2. Ab der Trennung Deutschlands
 - 5.2.1. BRD
 - 5.2.2. DDR
 - 5.2.3. Wiedervereinigung
6. Politikberatung Heute und Zukunftsaussichten
 - 6.1. Rahmenbedingungen unserer Zeit und Anforderungen an die Politikberatung
 - 6.1.1. Politische Anforderungen der Gegenwart
 - 6.1.2. Anforderungen an die Politikberatung in Deutschland
 - 6.2. Beratungsformen in der Gegenwart
 - 6.2.1. Allgemeine Beratungsformen
 - 6.2.2. Politikberatungsformen in Deutschland
 - 6.3. Auslöser für Veränderungen in geschichtlicher Perspektive
 - 6.4. Mittelstandseinfluss in der Politikberatung heute
 - 6.5. Mittelstand und Regionalpolitik heute

6.6. Politikberatungsstrukturen als Vorbildfunktion

6.7. Zukunftsbetrachtung und Implikationen

6.7.1. Politische Anforderungen in der Zukunft

6.7.2. Implikationen für die Gegenwart und die Zukunft

7. Fazit

8. Literaturverzeichnis

9. Abbildung & Tabellen im Text

- *Sarah Aepfelbacher (Gliederungspunkt 1., 2., 3.,4.,6.4. u. 7.)*
- *Lydia Hentschel (Gliederungspunkt 1., 5., 6.4., 6.5. u. 7.)*
- *Marc Gröpper (Gliederungspunkt 1., 6. u. 7.)*

Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel befasst sich mit der Entstehung und Entwicklung der Politikberatung aus geschichtlicher Perspektive. Besonderer Fokus hierbei wird auf die Rolle des Mittelstandes gelegt. Neben der klassischen Literaturrecherche, stammen die erforschten Erkenntnisse ebenfalls aus qualitativ durchgeführten Experteninterviews. Nach der Festlegung dass es die Politikberatung schon immer gegeben hat, von der Antike über das Mittelalter bis zur frühen Neuzeit, kann erst ab dem 19. Jahrhundert von einer Politikberatung in Anlehnung an die Heutige gesprochen werden. Wichtiger Wendepunkt hierbei ist die Industrialisierung und der Kapitalismus. Charakteristika der Politikberatung damals waren die Beratung durch herausragende Gelehrte, möglich nur durch persönliche Kontakte ohne Objektivität. Die Rolle des Mittelstandes dabei ist regional beschränkt und schwach, wobei einzelne wenige Vertreter sich Gehör verschaffen konnten. Entstehende Großunternehmen treten vermehrt in den Vordergrund. Mit der Annäherung von Politik und Wissenschaft und dem immer stärker werdenden Kapitalismus gewinnt die Politikberatung zur Weimarer Zeit an Bedeutung. 1. Weltkrieg und die Weltwirtschaftskrise haben dabei eine große Rolle. Dies ist der Auftakt der institutionalisierten und unabhängigen Politikberatung. Der Einfluss des Mittelstandes schrumpft stark, dabei gewinnen Großunternehmen immer mehr an Einfluss. Der sich entwickelnde Nationalsozialismus ist ein großer Bruch in der Politikberatung, welche fast gänzlich abgeschafft wurde. Mit der Besatzungszeit der Alliierten endete zwar das politische Regime des Nationalsozialismus, doch eine große Veränderung bzgl. der Rolle der Politikberatung erfolgte nicht, da im Zuge der politischen Säuberung sämtliche Aktivitäten durch die Besatzungsmächte genehmigt werden musste. Dementsprechend klein ist auch hier der Einfluss der KMU, jedoch war dieser hypothetisch größer als der von Großunternehmen, da sie stärkeren Kontrollen unterlagen. Vergleichbar mit dem Nationalsozialismus war die Herrschaft der SED bzgl. einer unabhängigen Politikberatung und dem Einfluss von KMU. Politische Einflussnahme war parallel in der Bundesrepublik möglich, dennoch wird deutlich, „dass die Spitzenorganisationen des Handwerks und des Einzelhandels an politischem Gewicht und an sozialer Bedeutung verloren haben.“ (Lösche, 2007, S. 35). Ursächlich dafür ist die Verschiebung Deutschlands von einem Agrar- zu einem Industriestaat. Und auch im Zeitraum der Wiedervereinigung standen andere politische Ziele und Interessen im Fokus, als wirtschaftliche Themen, weshalb die Meinung und somit der Einfluss von Unternehmen nicht gefragt war. Aufgrund des Kapitalismus und der kompetitiven sowie kooperativen Beziehungen zwischen Ländern ist in der Gegenwart ökonomisches Knowhow gefragt. Der in der Politikberatung meist vernachlässigte Mittelstand könnte hier wertvolle ungenutzte Potentiale bergen. Bei Betrachtung der Zukunft wird deutlich, dass es sinnvoll ist die immer weiter steigende Komplexität in der Politikberatung einzugrenzen. Ein ergänzender persönlicher Berater wie in den Ursprungszeiten der Politikberatung wäre ein möglicher Schritt.

Einleitung

Die Entwicklung der Politikberatung kann in der Geschichte weit zurückverfolgt werden. Umbruch und Krisenzeiten haben dabei die Politikberatung und deren Akteure stark geprägt und weiter entwickelt. Der Bedarf von Nachfrage nach Ratschlägen durch Experten variiert stark im geschichtlichen Ablauf. Die wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse spielen dabei erst relativ spät eine wichtige Rolle. Auch entwickelte sich der Aspekt der unabhängigen Politikberatung erst in nicht allzu weit entfernter Vergangenheit (vgl. Rudloff, 2004, S. 13 f.). In dieser Arbeit gilt es herauszufinden, wie sich die wirtschaftswissenschaftliche

Politikberatung in Deutschland entwickelt hat, welche wichtigen geschichtlichen Wendepunkte hervorgehoben werden können und welche Rolle dabei mittelständische Unternehmen spielen. Des Weiteren wird der heutige Stand der Politikberatung dargestellt und Zukunftsaussichten bzw. Visionen erläutert. Was hat die Politikberatung aus der Vergangenheit gelernt und was kann sie noch aus positiven Beispielen in der Geschichte lernen?

Methodisches Vorgehen

Das vorliegende Forschungsprojekt besteht aus einer quantitativen und qualitativen Forschungsarbeit. Im quantitativen Forschungsabschnitt wird mittels einer klassischen Literaturrecherche Erkenntnisse und Aspekte aus der Literatur zusammengetragen und bezüglich der genannten Forschungsfrage analysiert und interpretiert. Bibliotheken, Literaturdatenbanken und das Internet werden nach Stichwörtern wie beispielsweise „Politikberatung“, „wissenschaftliche Politikberatung“, „Politik und Mittelstand“, „Geschichte der Politikberatung“ und „wissenschaftliche Politikberatung und Mittelstand“ durchsucht. Mit Hilfe von qualitativ durchgeführten Experteninterviews sollen Expertenmeinungen die erforschten Erkenntnisse facettenreicher beleuchten und mögliche Lücken aus der quantitativen Forschung füllen. Hauptaugenmerk soll jedoch in den Interviews auf die „Politikberatung heute“, „Mittelstand und Politikberatung“, „Verbesserungsmöglichkeiten“ und „Zukunftsaussichten“ gelegt werden. Der Interviewleitfaden wurde anhand der erforschten theoretischen Grundlage erstellt und in insgesamt fünf Themengebieten aufgeteilt. Diese sind „Politikberatung & Mittelstand in Deutschland“, „Die ostdeutschen Bundesländer“, „Regionalpolitik“, „Mittelstand, EU und Ausland“ und „Zukunftsaussichten der Politikberatung“. Befragt werden drei Experten aus der deutschen Politikberatung. Diese werden aufgrund ihres Expertenwissen und Erfahrungen aus der deutschen Politikberatung ausgewählt. Alle drei Interviewpartner werden in anonymisierter Form in der folgenden Arbeit zitiert. Experte Nummer 1, im folgenden E1 genannt, hat eine langjährige Erfahrung in der institutionalisierten und unabhängigen Politikberatung in Deutschland und durch Grenzen übergreifende Projekte auch Eindrücke von anderen ausländischen Politikberatungsstrukturen bekommen. Experte Nummer 2 ist ein hochrangiger Mitarbeiter einer Industrie- und Handelskammer in Deutschland, welcher die erhofften Mittelstandseindrücke vermitteln kann. Idealerweise verfügt E2 ebenfalls über fundiertes Wissen über Wirtschaftshistorik, durch seine Mitarbeit in historischen Verbänden. Experte Nummer 3 ist Historiker und Mitarbeiter eines Universitätslehrstuhles für Geschichte und deutsche Sozialpolitik, unter anderem hat E3 schon an mehreren Forschungsarbeiten über die Geschichte der Politikberatung und weiteren, anderen wissenschaftlichen Arbeiten zu Politikberatung mitgearbeitet. In der folgenden Tabelle werden die wichtigsten Aspekte der Interviewpartner übersichtlich zusammengefasst und den Anonymisierungs-codes zugeordnet.

Interviewexperten	Anonymisierungs-codes	Beschreibung
Experte Nummer 1	E1	Hochrangige Mitarbeiter eines privaten unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstituts in Deutschland
Experte Nummer 2	E2	Hochrangiger Mitarbeiter einer Industrie- und Handelskammer in Deutschland
Experte Nummer 3	E3	Historiker und Wissenschaftler im Bereich Politikberatung

Tabelle 1: Auflistung der Interviewexperten und Anonymisierungs-codes Quelle: Eigene Darstellung

Alle drei Interviews werden mit einem Diktiergerät aufgezeichnet und schließlich in einem Interviewprotokoll niedergeschrieben. Im Verlauf der Arbeit werden die Begriffe "KMU" (Kleinere und Mittlere Unternehmen) und "Mittelstand" als Synonym benutzt. Zum Schluss dieser Arbeit werden die erforschten Ergebnisse aus der quantitativen und qualitativen Forschung in der Beantwortung der Forschungsfrage zusammengefasst.

Entstehung und Entwicklung der Politikberatung bis zum Dritten Reich

Frühe Neuzeit bis 19. Jahrhundert

Ein eindeutiger Beginn der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung ist in der Geschichte nicht klar bestimmbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass es die Politikberatung schon immer gegeben hat. Bereits die Philosophen der Antike wie Platon oder Sokrates gelten als Berater der damaligen Machthaber (vgl. Kraus, 2004, S. 59). Aber auch Hofnarren im Mittelalter hatten eine gewisse Einflussnahme mit ihren Parodien auf Machthaber, oft die damals einzige geduldete kritische Stimme (vgl. Dagger, 2007, S. 13). Könige und Fürsten besaßen seit jeher Berater in politischen und gesellschaftlichen Fragen, ob nun geheim oder öffentlich. Diese Beratung ist jedoch kaum bis gar nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gestützt. Der Fürst lässt sich meist durch einen geheimen Rat beraten, wenn er gewillt ist und nicht, wenn andere es von ihm verlangen. Von einer unabhängigen Beratung kann dabei kaum die Rede sein. Die Berater wollen meist die Berücksichtigung ihrer eigenen, persönlichen Interessen durchsetzen. Als Gegenleistung bieten sie dafür beispielsweise finanzielle und militärische Unterstützung an (vgl. Fisch, 2004, S. 8 ff.). Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass es erst im 19. Jahrhundert Hinweise auf erste Anfänge und Vorformen „wissenschaftlicher“ Politikberatung gibt, speziell auch „wirtschaftswissenschaftlicher“ Politikberatung, auch in ersten institutionalisierten Formen. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich aus deren Grundzügen die nach heutigen Verständnis „wissenschaftliche“ Politikberatung entwickelt hat (vgl. Kraus, 2004, S. 60). Auch unterstreicht, E1 im durchgeführten Experteninterview, dass es die Politikberatung in vielen Ländern schon seit vielen Jahrhunderten gibt. Er betont dabei, dass jedoch klar unterschieden werden muss, zwischen der Politikberatung und der „wissenschaftlichen“ Politikberatung. Diese ist in Deutschland erst sehr spät entstanden, stellt er klar. Zur Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert löst die Industrialisierung in Deutschland den Agrarstaat zum Großteil ab. Dies ist der Startschuss für die Entwicklung des Kapitalismus, Verbandwesens und der Lobbys in Deutschlands zwischen den 1820er und 1830er Jahren, und somit auch für die Politikberatung durch Wirtschaftsexperten (vgl. Lösche, 2007, S. 24). Dennoch gibt es im 19. Jahrhundert einen geringen Institutionalisierungsgrad der Politikberatung. Oft sind es nur einzelne, hochrangige Gelehrte, welche als politische Ratgeber agieren und nach politischer Meinung überhaupt für diese Stellung in Frage kommen (vgl. Rudloff, 2004, S. 35). Das Verlangen nach externen Beratungsgremien wurde gefördert durch die Offenlegung zahlreicher neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse im 19. Jahrhundert und die immer stärker werdende Verknüpfung von Staat und Gesellschaft (vgl. Friedrich, 1970, S. 47). Des Weiteren fordern die Bürger immer mehr die Teilhabe an politischen Entscheidungen (vgl. Schuster, 2005, S. 32 zit. n. Krevort, 1993, S. 19). E2 verdeutlicht diesen Sachverhalt ebenfalls im Interview, dass einer der wichtigsten Wendepunkte in der Politikberatung, mit der deutschen

Revolution 1848, beginnt. Bei dem das aufständische Bürgertum anfang, sich für seine eigenen Themen in der Politik zu engagieren erläutert er. Je mehr Aufgaben der Staat übernimmt, wie z. B. Industrie- und Gewerbeförderung, desto schneller wächst die Anzahl der Lobbys und Interessensgruppen, welche sich einer wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung bedienen (vgl. Lösche, 2007, S. 23). Bereits 1807, noch vor dem offiziellen Start der Industrialisierung, gibt es konkrete Hinweise auf erste Absichten ein Gremium zur wissenschaftlichen Politikberatung einzuführen, in den Aufzeichnungen des Freiherrn von Stein. Vier Deputationen sollen gegründet werden, sogenannte Kommissionen als Unterstützung der Ministerialbeamten, um wissenschaftliche Erkenntnisse ohne Beteiligung der Regierung Aufmerksamkeit zu geben. In den vier Deputationen Handel und Gewerbe, technischer Bau, öffentlicher Unterricht und Medizinwesen sollen jeweils Vertreter der Beamten, Gelehrten, Künstler und technische Experten vertreten sein (vgl. Friedrich, 1970, S. 48 f.). Die wissenschaftliche Deputation des Medizinwesens gelingt eine Gründung, die restlichen Vorhaben scheiterten jedoch (vgl. Schuster, 2005, S. 32). Nach diesem vorbildlichen Anstoß entstehen in den darauffolgenden Jahren mehrere Beiräte für die Regierung, welche sich jedoch nur zu sozialen und wirtschaftlichen Interessensvertretungen entwickeln, ohne unparteiische Beratungseigenschaften. Diese werden meist nur konsultativ von der Politik herangezogen (vgl. Ebd. S. 32 zit. n. Krevert, 1993, S. 20). Aspekte über den Einfluss des Mittelstandes im 19. Jahrhundert sind in der Literatur nicht einfach heraus zu finden, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass es bis zur Zeit der Industrialisierung nur sehr wenige Großunternehmen gibt. Anhand der Verbandsentwicklung in Deutschland ist zu erkennen, dass vor der Industrialisierung hauptsächlich Interessensvertretungen in Form von Kammern und Gewerbevereine, in enger Tradition der Zünfte, für das Handwerk gibt. Diese sind jedoch von der Gewerbepolitik des Staates abhängig, eine freie unabhängige Interessensorganisation zu bilden kann kaum durchgesetzt werden. In der Landwirtschaft gibt es staatsnahe Landwirtschaftsvereine und frei organisierte Bauernvereine. Diese entwickeln sich nur sehr langsam zu Interessensverbänden (vgl. Lösche, 2005, S. 25). Wenn diese Mittelständler einen beratenden Einfluss am politischen Geschehen nehmen können, kann davon ausgegangen werden, dass dieser nur regional und verschwindend gering ist. „Die Industrialisierung akzentuierte den Gegensatz von Kapital und Arbeit und förderte die entsprechende Verbandsbildung“ (Ebd. S.24). Ein wichtiger Aspekt des Kapitalismus ist die Assoziationsfreiheit. Bürger können sich freiwillig in Vereinen, Verbänden und Assoziationen zusammenschließen. Freie Bündnisse von Arbeitern jedoch werden staatlich verboten, wodurch Untergrundgesellschaften entstehen (vgl. Ebd. S. 24). Aber einen bedeutenden Einfluss der Beratungsfunktion der Vereine, Verbänden und Assoziationen des damaligen Mittelstandes ist auch hier nicht zu erkennen, wenn scheinen diese ebenfalls regional beschränkt zu sein. Demgegenüber gibt es einen Hinweis darauf, dass es einzelne Vertreter des Mittelstandes im 19. Jahrhundert doch schaffen Beratungsfunktionen in der Politik einzunehmen, auch wenn diese wohl nur gering sind. 1842 wird erstmals in Preußen ein gemischter Beirat aus Wissenschaftlern, Experten und Berufs- und Ständevertretern gebildet. Zum ersten Mal dürfen Landwirte in einem derart regierungsnahen Beirat vertreten sein. Seine Funktionen sollen beratend wie auch administrativ sein. Das Innenministerium soll unterstützt werden bei fachlichen Problemstellungen Hilfestellung zu bieten und die Zusammenarbeit mit den Landwirten zu unterstützen (vgl. Schuster, 2005, S. 33 zit. n. Krevert, 1993, S. 21). Nach 1875 erst folgen in dieser Art weitere Beiräte für das Versicherungswesen, Gesundheitsverwaltung und für Verkehrsverwaltung. Speziell in der Konjunkturkrise zwischen 1873 und 1896 werden einige wirtschaftliche Interessensverbände in Preußen gegründet (vgl. Friedrich, 1970, S. 51 f.). Welchen steigenden Einfluss Großunternehmen nach der Industrialisierung genießen und Mittelständler in die Enge treiben, zeigt ein Beispiel von 1893. „Im Westen entstand eine wirtschaftliche Macht, die die bisher bestehende, agrarische bedrohte. Landwirtschaftliche und industrielle Interessen, vor allem

von Großunternehmen, deckten sich vielfach nicht miteinander.“ (Eschenburg, 1989, S. 26). Großgrundbesitzer und Großunternehmen können sich aber zu einer gemeinsamen Interessensfront einigen (vgl. Eschenburg, 1989, S. 26). Kleine und mittelständische Landwirte finden ab hier keine Erwähnung mehr. Die Politikberatung des 19. Jahrhunderts ist in seinen Grundzügen geprägt durch Einzelberatungen, Beratung aufgrund persönlicher Kontakte und Befangenheit. Die folgenden Beispiele verdeutlichen dies. Die Bildung einer informellen Gruppe von Beratern durch König Friedrich Wilhelm IV ist eins von diesen. Diese Gruppe, bestehend aus Revolutionsgegnern, beraten den König bei seinen gegenrevolutionären Maßnahmen. Mitglieder werden hauptsächlich wegen dem persönlichen Kontakt zu dem Monarchen mit in die Gruppe einbezogen. Nebenaufgabe dieser Gruppe ist die Erstellung von schlüssigen Thesen, welche das Bürgertum auf die Seite des Monarchen ziehen sollen (vgl. Kraus, 2004, S. 60). Ein weiteres Beispiel aus 1852 verdeutlicht die Wichtigkeit des persönlichen Kontaktes für die Politikberatung und deren Befangenheit. Der Jurist Ferdinand Walter fällt dem König positiv als Landtagsabgeordneter auf. Er beauftragte ihn daraufhin eine politische Denkschrift zu verfassen, welche die Vorhaben des Königs empfehlen und rechtfertigen sollen (vgl. Ebd. S. 61). Wie auch der Privatdozent Eugen Dühring, welcher von Otto von Bismarck und seinen Mitarbeitern dazu beauftragt wird 1866 eine Denkschrift über ökonomische Assoziationen und die Möglichkeit eine Berufsorganisation der Arbeit zu verfassen, nachdem er Bismarck als Gelehrter positiv aufgefallen ist (vgl. Ebd. S. 63). Eine der geschichtlichen bedeutendsten Gruppierungen in der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland nach Meinung des E1, ist der Verein der „Socialpolitik“ im 19. Jahrhundert. Dies war eine Standesorganisation der Volks-Betriebs-Ökonomen in Deutschland, genannt Verein der „Socialpolitik“. Er wurde getragen durch die Kathedersozialisten, sogenannte Reformisten und Vertreter aus der Wissenschaft, welche sich für die Sozialpolitik einsetzten. Es waren keine Sozialisten, welches man fälschlich denken könnte betont E1, sondern Professoren und Wissenschaftler welche von Ihrem Katheder also Lehrstuhl aus, auch einen gewissen politischen Einfluss ausüben konnten. Diese waren sehr eloquent und führten öffentliche Debatten in Zeitschriften. Als Beispiel hierzu ist Lujó Brentano aus München zu nennen. Er war einer der führenden Vertreter der Kathedersozialisten und ein Arbeitsökonom, welcher die Politik durch gute Ideen beeinflussen wollte, erläuterte E1. Auch hier kann erkannt werden, dass es fast nur hochrangigen Gelehrten gelang einen gewissen Politischen Einfluss auszuüben. Die erwähnten Beispiele und geschichtlichen Hinweise verdeutlichen drei wesentlichen Charakterzügen der wissenschaftlichen Politikberatung des 19. Jahrhunderts. Zum einen waren Politikberater herausragende Gelehrte, welche meist als Verfasser von Schriften zur Rechtfertigung politischer Maßnahmen der Machtinhaber fungieren. Des Weiteren, kann nur derjenige als Politikberater tätig sein, welcher persönliche Kontakte zu politisch hochrangigen Personen genießt. Zudem fehlt die Objektivität des Politikberaters gänzlich. Es werden nur diejenigen Gelehrten eingestellt, welche die gleiche Meinung des zu Beratenden teilen. Diese Charakterzüge der Politikberatung bis zum 19. Jahrhundert wurden auch in den Experteninterviews bestätigt. E1 betont, dass die Politikberater in der Vergangenheit meist Experten auf Ihrem Gebiet waren, oft aber auch selbst ernannte, welche ausschließlich nur die Politik auf ihrer persönlichen Wissensgrundlage berieten. Die eigentliche Politikberatung sollte sich jedoch auf Fakten stützen die unabhängig gewonnen werden, und somit einen wissenschaftlichen Bezug haben. Diese ist aber in dieser Epoche jedoch noch kaum gegeben. Obwohl es vereinzelt Hinweise dafür gibt, dass mittelständische Unternehmen bzw. deren Vertreter auch als Berater für die Politik agieren können, ist deren Einfluss nur sehr beschränkt und vermutlich stark auf regionaler Ebene in regionalen Vereinen, Verbänden und Assoziationen begrenzt. Mit Beginn der Industrialisierung unter anderem, nimmt der Einfluss der Großunternehmen durch Interessensgruppen auf die Politik erkennbar zu und somit der von vornherein geringe Einfluss der Mittelständler ab.

Weimarer Republik und Drittes Reich

Zur Zeit der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert besteht die Beratung der Regierung aus einer reinen Beratung durch Interessensgruppen mit niedrigem wissenschaftlichem Bezug. Beiräte dienen als Informationsquelle, um Auswirkungen der Verordnungen in Wirtschaftsbereichen zu erkennen und zu rechtfertigen (vgl. Friedrich, 1970, S. 52). Üblicherweise vertreten diese Beiräte regierungsnahen Standpunkte. Jedoch können zu dieser Zeit die Beiräte der Ministerien für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen unabhängig vom Ministerium handeln. Sie müssen in regelmäßigen Abständen zu bestimmten Themenbereichen Gutachten veröffentlichen. Den Veröffentlichungszeitpunkt gibt aber das Ministerium vor (vgl. Becker, 2004, S. 404). Die Verknüpfung zwischen Politik und Wissenschaft wird in diesen Jahren immer stärker und gewinnt an Bedeutung. Es wird allgemein erkannt, dass wissenschaftlich fundierte Beratungen eine gute Argumentationsgrundlage für politische Maßnahmen darstellen (vgl. Schuster 2005, S. 34 zit. n. Krevert, 1993, S. 23). In der Literatur wird oft in Bezug auf diese Zeit von der „[...] Verwissenschaftlichung von Politik und Verwaltung [...]“ (Szöllösi-Janze, 2004, S. 86) gesprochen, welche bereits folglich der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung seit Ende des 19. Jahrhunderts einsetzt (vgl. Ebd. S. 86 zit. n. Lutz, 1996). Dies ist der Startschuss für den Ausbau der Universitäten und Hochschulen, meist durch den Staat gefördert, um Forschungsaufträge und Gutachten zu erteilen (vgl. Schuster, 2005, S. 34). Der erste Weltkrieg gilt in der Entwicklung der wissenschaftlichen Politikberatung als wichtiger Wendepunkt. Besonders in der Institutionalisierung dieser. Der Krieg trieb Deutschland in folgenschwere Krisen wie die Hungerkrise, Munitionskrise oder auch Rohstoffkrise. Da der Krieg schnell gewonnen werden soll bedarf es schneller systemübergreifender Problemlösungen. Dabei spielen Wissenschaftler und Experten eine wichtige Rolle. Diese bieten freiwillig und selbstständig Politikern und Militärs ihre Hilfe an, welche dankend angenommen wird (vgl. Szöllösi-Janze, 2004, S. 87). „Die Wissens- und Informationsströme im politischen und militärischen Entscheidungsprozess veränderten sich – nicht zuletzt durch die Einbeziehung externen Sachverständigen – signifikant.“ (Ebd. S. 87). Die Berater und Politiker müssen auf den wachsenden Steuerungsbedarf der politischen Regierung angemessen reagieren. Die Rolle der Berater im 1. Weltkrieg stimmt mit der Definition der heutigen wissenschaftlichen Politikberatung im Großteil schon annähernd überein. Sehr schnell entstehen viele neue Beratungsgremien, Beiräte und beratende Gesellschaften, welche zusammengesetzt sind aus Repräsentanten des Staates, Industrie, Wissenschaft und Militär. Beratungsgremien, welche ausschließlich aus Wissenschaftlern bestehen, sind aber sehr selten (vgl. Ebd. 2004, S. 87). Einige heutige Beratergruppen können ihre Entstehung sogar bis in die Jahre 1900, 1902 und 1919 zurückverfolgen (vgl. Heye, 1970). Die Fokussierung der Wirtschaft nimmt folglich weiter stark zu nach dem 1. Weltkrieg. Es kommt zu großen Fusionen und Zusammenschlüssen von Unternehmen. Auch eine Vereinheitlichung von Verbänden ist zu erkennen. Der Mittelstand rückt immer weiter in den Hintergrund (vgl. Lösche, 2007, S. 29). „Politisch war der Spitzenverband [Reichsverband der deutschen Industrie] gespalten, ähnlich seiner beiden Vorgänger: Moderne Industrien (chemische, elektronische, verarbeitende) und traditionelle (Schwerindustrie, mittelständische Unternehmen) standen sich gegenüber, die einen bereit, die Demokratie zu stützen, die anderen willens sie zu stürzen – und schließlich auf Hitler zu setzen und ihn mitzufinanzieren.“ (Ebd. S. 31). Um sich scheinbar Gehör zu verschaffen, schließt sich größtenteils der traditionelle Mittelstand in der Weimarer Republik von einer radikalen Partei zur nächsten an, bis letztendlich den Nationalsozialisten, der NSDAP. Auch verlieren die Landwirtschaft in der Weimarer Zeit weiter wirtschaftlich an Bedeutung und deren Verbände verlieren fortlaufend stark an Durchsetzungsvermögen (vgl. Ebd. S. 31). In der Weimarer Zeit gibt es Hinweise auf die erste reine wirtschaftswissenschaftliche und verbandsunabhängige,

externe Politikberatung. 1931 während der Weltwirtschaftskrise schließen sich Vertreter der Reichsbank, Minister und Wirtschaftswissenschaftler in einer Geheimkonferenz zusammen. Unter streng wissenschaftlichen Ansätzen werden die Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung diskutiert. Die teilnehmenden Minister werden darauf hingewiesen nicht unaufgefordert das Wort zu ergreifen, sondern nur zuzuhören (vgl. Szöllösi-Janze, 2004, S. 92). Der Nationalsozialismus schafft schließlich die Verbandvielfalt ab und löst in der Politik die Parteien auf (vgl. Lösche, 2007, S. 32). Schlussendlich setzt Adolf Hitler die mitunter wissenschaftlichen Beratungsgremien ebenfalls außer Kraft (vgl. Szöllösi-Janze, 2004, S. 96). „Die persönliche Abneigung des Führers gegen Wissenschaftler, die er als notweniges Übel betrachtete, ist nur allzu bekannt [...]“ (Ebd. S. 96 f.). Üblicherweise unterstützen Interessensgruppen und Berater Regierungsvorgaben bedingungslos, mit dem festgelegten Ziel die Kriegsmaschinerie zu stärken und zu unterstützen (vgl. Schuster, 2005, S. 35). Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen standen in der Machtergreifungsphase unter dem Zugzwang ihre Zweckmäßigkeit zu beweisen. Ist diese gegeben, bekommen sie herausragende Unterstützungen, jedoch sind dies meist nur Rüstungs-, Technik- und Naturwissenschaftliche Einrichtungen (vgl. Szöllösi-Janze, 2005, S. 97 ff.). Die geschichtlichen Hinweise ab Anfang des 20. Jahrhunderts über die Weimarer Republik bis hin zum Dritten Reich zeigen die starke Annäherung der Wissenschaft und Politik. Eine Beratung in der Politik wird immer bedeutender. Dies dürfen nun auch unbefangene Wissenschaftler und Experten aus externen Gremien und Gruppierungen sein. Dies könnte als der Auftakt der institutionalisierten und unabhängigen Politikberatung gelten. Besonders die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung wird mit der Weltwirtschaftskrise eine große Rolle zugesprochen. Jedoch wird von allen drei Interviewexperten die Zeit vor dem Ende des zweiten Weltkrieges, relativ wenig Bedeutung beigemessen. Erst die Zeit um die Gründung der BRD, ist die geschichtlich bedeutendste in der wissenschaftlichen Politikberatung in Deutschland, sind alle drei Interviewexperten sich einig. Der Einfluss des Mittelstandes auf die Politik sinkt jedoch immer weiter ab. Sich Einfluss durch den Beitritt zu radikalen Parteien zu verschaffen zeigt keine Stärkung des beratenden Einflusses. Die modernen Großunternehmen dagegen gewinnen immer mehr an Einfluss.

Entwicklung der Politikberatung von der Besatzungszeit bis Wiedervereinigung

Besatzungszeit der Alliierten

Der Beginn der Besatzungszeit der Alliierten kann als Stunde „null“ in der Politikberatung in Deutschland gesehen werden. „Politiker und führende Soziologen [...] setzten sich mit dem Thema „Politikberatung“ praktisch und theoretisch auseinander“ (Arnold 2010, S. 30). Im Fokus stand dabei die „institutionelle Einbindung wirtschaftswissenschaftlicher Interessen“ (Ebd. S. 30) sowie „die als Folge der NS- Zeit hervorgerufene Diskreditierung einer Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft zu überwinden“ (Ebd. S. 30). Nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes war ein Ziel der Alliierten eine politische Säuberung durchzuführen. Politische und teils auch wirtschaftliche Posten und Ämter wurden neu besetzt oder bedurften der Erlaubnis der zuständigen Besatzungsbehörde. „Allerdings legten die Alliierten gleich nach dem Einmarsch großen Wert auf die Industrie- und Handelskammern; sie konnten ihnen mehr Informationsmaterial zur Verfügung stellen als jede andere Institution. Daher ließen die Alliierten sie nahezu unangetastet.“ (Eschenburg, 1989, S. 103). Zudem benötigten die Alliierten diese als Kontaktpunkte „zwischen sich und den einzelnen Unternehmen, um ihre „Bewirtschaftungsmaßnahmen durchsetzen zu können.“ (Lösche,

2007, S. 34). Handlungsunfähig bzw. zur Untätigkeit verurteilt waren die Wirtschaftsverbände. Inoffiziell setzten die Verbandsgeschäftsführer jedoch alle Hebel in Bewegung, um sich auf die Solidarität ihre Mitglieder im Falle einer Neugründung berufen zu können. Eine weitere wichtige Funktion in der politischen und wirtschaftlichen Neuausrichtung hatten die Beiräte, welche von der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets der britischen und amerikanischen Besatzungszone einberufen wurden. Unter anderem ahmte dies auch die Verkehrsverwaltung oder die Verwaltung von Finanzen nach. Die Mitglieder waren größtenteils akademische Forscher. Aber auch renommierte Professoren und Ökonomen, die meistens auf Dauer gewählt wurden, waren Mitglieder des Beirats. Letzteres klingt vielleicht nebensächlich, ist aber ein wichtiger Punkt, da dies das Engagement und die Bereitschaft der Personen steigerte Arbeit zu investieren, nach Meinung des Historikers E3. Jedoch fungierten diese hauptsächlich als Legitimation gegenüber der Legislative oder der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse aus Gutachten und Studien wurden selten publiziert. Außer diese waren im Sinne der Exekutiven (vgl. Schuster, 2005, S. 36). Die ältesten beiden Beiräte der Wirtschaftspolitik, die Schwesternbeiräte beim Bundeswirtschafts- und beim Bundesfinanzministerium wurden noch vor der Entstehung der BRD gegründet (vgl. Grossekketter, 2005, S. 102). „Fachleuten und Fachgutachten wurde zudem generell ein recht großes Maß an Vertrauen entgegen gebracht [vor allem in der unmittelbaren Nachkriegsperiode].“ (Grossekketter, 2005, S. 106). Die einzige Macht- und Interessengruppe, die in Deutschland zu der Zeit über gesellschaftlichen und politischen Einfluss verfügten, war die christliche Kirche. Nur sie durften die Besatzungsmächte, beschränkt auf ein gewisses Maß, kritisieren (vgl. Eschenburg, 1989, S. 82). Der Einfluss der KMU auf die Wirtschaftspolitik der Alliierten kann nicht eindeutig bestätigt werden, allerdings war die Möglichkeit durch die Industrie- und Handelskammern Einfluss zu nehmen, wenn auch im geringen Maße, vorhanden. Zudem galten sie als ungefährlicher bzw. unbedeutender und waren somit ein Stück weit freier. Größere Unternehmen hatten es hier schwerer, da sie einer stärkeren Aufsicht und Kontrolle durch die jeweilige Besatzungsbehörde unterlagen.

Ab der Trennung Deutschlands

BRD

Mit der Anerkennung der politischen Souveränität der BRD 1955 endete der Einfluss der Alliierten auf die Politik Westdeutschlands. Das Erbe, welches sie hinterließen, war der Kapitalismus. Dieser „lag zur Zeit der Gründung der BRD quasi in den letzten Zügen.“ (vgl. Eschenburg, 1989, S. 103). Zudem „orientierte sich Deutschland stark an angloamerikanischen Vorbildern, wie z.B. den „Think Tanks“ und den Beratern der amerikanischen Präsidenten.“ (Arnold, 2010, S. 30). Sämtliche Verbände, die zuvor die Genehmigung der Alliierten nicht bekommen hatten, gründeten sich nach dem Wegfall dieser Genehmigungspflicht neu (vgl. Eschenburg, 1989, S. 103). Dennoch konnte ein enormer Rückgang an Expertengremien bis Anfang der 60er Jahre wahrgenommen werden, da „dass das Interesse an einer wissenschaftlichen Beratung seit der Gründung der Bundesrepublik ständig abgenommen hat[te].“ (Siefken, 2007, S. 22 zit. n. Dreitzel, 1966, S. 296). Dank eines vergleichbaren Trends in den USA, konnte wiederum eine Abkehr von dieser Entwicklung in den 60er/ 70er Jahren, bei dem die Erwartungshaltung an die wissenschaftliche Politikberatung eine starke Aufwertung erfuhr, festgestellt werden. „Schrittmacher wissenschaftlicher Beratung in diesem klassischen Sinn war die Wirtschaftspolitik, maßgeblich die Einrichtung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1963 [...].“ (Gohl, 2004, S. 201 ff.). Auch E3 ist der Meinung, dass mit der Gründung des Sachverständigenrates 1963 die zweite Etappe der Wendepunkte in der deutschen Politikberatung beginnt. Dieser wurde per Gesetz berufen. Das

bedeutet, dass zum ersten Mal eine wissenschaftliche Beratung per Gesetz in die Welt gesetzt wird. Nach E3 wurde dieser nur damals, nach einem naiven Verständnis, als etwas hoch Objektives betrachtet. Die Wissenschaft hatte, seiner Meinung nach, noch nicht so sehr die Unschuld verloren wie später, als sie sich mit Gegenexperten verkeilten. Zudem steigerte die Zunahme der Förderung von Ressortforschung die Nachfrage nach kommerziellen und (auch außer-) universitären Forschungsleistungen. Außerdem konnte der Eindruck gewonnen werden, dass staatliches Handeln und Lenken durch die Zunahme an Komplexität und Geschwindigkeit von gesellschaftlichem und politischem Wandel und „zunehmend[er] Unübersichtlichkeit der Voraussetzungen staatlichen Agierens“ (Rudloff, 2004, S. 179) immer schwieriger ohne "fachliche Beratung auf verschiedenen Ebenen [...], etwa durch Beratungsgremien, Einzelberatung und Forschungsaufträge für ad- hoc Aufgaben [...]“bewältigt werden könnte (Ebd. S. 179). (Nachhaltigkeit) Dieser gestiegene Bedarf an Informations- und Orientierungswissen führte demnach auch zu einem verstärkten Interesse an Politikberatung. Dass diese Beratung nicht allein durch Vertreter aus der Wissenschaft erfolgte, zeigt sich dadurch, dass „von den 3302 Experten [...] nicht einmal ein Drittel Wissenschaftler [war]. Gemischte Beiräte aus Interessenvertretern und wissenschaftlichen Experten waren eher die Regel als die Ausnahme, rein wissenschaftliche Beiräte in der Minderzahl [...]“ (Ebd. S. 180). Unklar ist jedoch, ob unter diesen „Interessenvertretern“ auch Vertreter aus der Wirtschaft waren und ob diese aus dem Bereich KMU stammten. Ein Verband, der zu der Zeit über relativ viel Einfluss verfügte und sich aus mittelständischen Betrieben zusammensetzte, war der deutsche Bauernverband. Dieser ging aus dem „Reichsnährstand“ hervor, der öffentlich- rechtlichen, staatsdirigistischen Gesamtkörperschaft der Landwirtschaft (vgl. Eschenburg, 1989, S. 104). Auch der Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie, war ein mittelständischer Unternehmer, Fritz Berg. Zusammenfassend lässt sich dennoch sagen, dass die Spitzenorganisationen des Handwerks und des Einzelhandels an politischem Gewicht und an sozialer Bedeutung verloren haben. „Gleiches gilt für den ‚deutschen Bauernverband‘, [...] [der] trotz regionaler und auch einiger parteipolitischer Erfolge heute einen für Deutschland eher unbedeutenden Sektor der Wirtschaft repräsentiert“ (Lösche, 2007, S. 35). Es kann nicht eindeutig gesagt werden, dass der Einfluss von KMU auf die Wirtschaftspolitik seit der Gründung der BRD abgenommen hätte. Jedoch ist auch keine Zunahme dessen zu verzeichnen.

DDR

„Das in Ostdeutschland im Rahmen der internationalen Nachkriegsentwicklung und mit der deutschen Teilung etablierte politische System war durch die Herrschaft einer Partei, der SED, charakterisiert.“ (Steiner, 2004, S. 102). Nach ihrem Verständnis basierte ihre Politik auf wissenschaftlichen Grundlagen. Die Politik der SED besaß durch ihre besagte wissenschaftliche Legitimation „das Primat“ (Ebd. S. 102), wodurch das Verhältnis von Politik, Wissenschaft und Beratung und somit auch der Einfluss von KMU auf die Politik der DDR bereits grob zu erahnen ist. Beim Sozialismus gab es selten freie, viel mehr geplante Wirtschaft. Auch versuchten sie zukünftige Entwicklungen der Gesellschaft zu steuern. Dennoch lassen sich unterschiedliche Phasen im Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der Zeit der DDR finden. „In den frühen fünfziger Jahren glaubte die SED- Spitze [unter anderem], mit den Grundprinzipien des Marxismus- Leninismus und den sowjetischen Erfahrungen über genügend Handlungsorientierung für die eigene Politik zu verfügen. Dies wurde auch als ausreichend betrachtet, um die in der sozialen Umgestaltung tendenziell stattgefundenen Entprofessionalisierung des verantwortlichen Führungspersonals zu kompensieren.“ (Ebd. S. 107). Für E1 ist die marxistische Wissenschaft eine ausschließlich interessengeleitete Wissenschaft, die die Regierung der SED beraten hat und somit, für E1, dem Lobbyismus gleichzusetzen. (Angebotsseite des Lobbyismus/ Lobbyarbeit, Macht der

Lobbyisten) Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre jedoch offenbarte sich die Ineffizienz ihrer Politik zumindest hinsichtlich des bestehenden Wirtschaftssystems. Vor allem, da weltweit die technische Entwicklung und Innovationen immer rasanter zunahmen. Erst zum Zeitpunkt dieser Erkenntnis zeigte die SED- Spitze Interesse an externer Sachexpertise (vgl. Ebd. S. 112). Diese Sachexpertise bzw. wissenschaftliche Beratung, die sich die SED einholte, stammte jedoch hauptsächlich von Beratern aus der „SED- Spitze selbst und ihr Apparat sowie die oberste Instanz der Wirtschaftsbürokratie, die Staatliche Plankommission (SPK) als Querschnittsbehörde“. (Ebd. S. 107). „Die [wenigen] von der Politik herangezogenen Experten waren als über besondere Kompetenz für ein Fachgebiet Verfügende in der Regel Wissenschaftler, konnten aber auch erfahrene Praktiker sein.“ (Ebd. S. 104). Das Problem bestand darin, dass die besagten Experten in ihrer Arbeit und ihrem Urteil beeinflusst oder nicht unabhängig waren. Die Ursache dafür war weniger, dass diese Experten die Meinung der SED- Spitze oder der Ideologie des Sozialismus teilten. Viel mehr wurden ihnen verlockende bzw. lukrative Angebote gemacht, die deren Arbeits- und Lebensumstände deutlich verbesserten, wodurch die SED- Spitze der drohenden Abwanderung von Experten in den Westen entgegenwirken wollte. „Die Partei griff aber auch direkt in die Theoriebildung ein, indem bestimmte Theoreme oder ganze Wissenschaftsgebiete privilegiert oder abgelehnt wurden. Das betraf vor allem die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.“ (Fisch, Rudloff / Steiner, André, 2004, S. 108) Unklar ist jedoch, was hier unter einem „Experten“ zu verstehen ist bzw. ob unter diesen „Praktikern“ auch Berater aus der Wirtschaft, insbesondere von KMU sind. Zudem lässt sich nicht feststellen, ob die von diesen gegebene Beratung und Empfehlungen auch tatsächlich von der SED umgesetzt wurden. Allerdings gab es nach Meinung von E3 durchaus Politikberatung im Forschungsbereich und Wissenschaftsbereich. Es wurde versucht die Wirtschaftspolitik ein Stück weit von dem zentralgesteuerten Planungssystem zu befreien. Hier spielte die wissenschaftliche Beratung, gemäß E3, durchaus eine Rolle, auch von der Seite der Ökonomen. Jedoch war auch E3 der Meinung, dass spätestens mit dem SED Politiker Honecker dieses System platt gemacht wurde. Der autonome Einfluss der Ökonomen ging auch hier spätestens damit verloren. Die erste Existenzkrise erlebte die DDR 1960/61, mit dem Mauerbau als Konsequenz. Ende 1962 wurde eine wirtschaftswissenschaftliche Konferenz mit einzelnen Vertretern aus Branchenleitungen und Betrieben angesetzt. Ab 1967 sollte dann eine neu eingeführte Wirtschaftsreform bzw. ein neues ökonomisches System für die Planung und Leitung der Volkswirtschaft neue wirtschaftliche Anreize schaffen und eine Dezentralisierung des planwirtschaftlichen Lenkungssystems bewirken. Den einzelnen Arbeitsgruppen gehörten neben Wissenschaftlern auch Wirtschaftspraktiker an. (vgl. Ebd. S. 112). Für die notwendigen Präzisierungen und Weiterentwicklungen, die das Konzept erst praktikabel machen sollten, wurde eine in der DDR neue Beziehung zwischen Wirtschaftswissenschaft und –praxis angestrebt. Jedoch hatte „(a)llein das Ökonomische Forschungsinstitut der SPK [...] direkten Einfluß auf die Konzepte der Wirtschaftsreform [...]“ (Ebd. S. 115). Problematisch an der wirtschaftswissenschaftlichen Politik der SED war nichtsdestotrotz, dass der wirtschaftswissenschaftliche Bereich „bis dahin überwiegend als marxistisch- leninistische Ideologie verstanden und [...] häufig der Bezug zu realen makro- und mikroökonomischen Zusammenhängen [...] fehlte]. Daher wurde z.B. die Betriebswirtschaftslehre für überflüssig gehalten.“ (Ebd. S. 115 ff.). Die Wirtschaftsreform der 60er Jahre wurde dennoch „[a]lles in allem [...] entscheidend von praktizistisch orientierten Wirtschafts- und anderen Sozialwissenschaftlern mitgestaltet. Aber sie handelten weiter im Auftrag der SED und innerhalb der von ihr gezogenen Grenzen. Experten erhielten in diesem Jahrzehnt die Möglichkeit, Politik tatsächlich zu beeinflussen, was sich auch institutionell niederschlug.“ (Ebd. S. 119). Allerdings ist der Umfang und die Qualität des Einflusses zu hinterfragen. In den 70er/80er Jahren herrschte eine zunehmende Verweigerung gegenüber wissenschaftlicher

Expertise. Die Ursachen dafür sind nicht eindeutig gefunden. Als eine mögliche Erklärung könnte die allgemeine Beratungsresistenz der Parteispitze dienen. Da diese sich mehr an normativen, ideologisch geprägten Inhalten orientierte. Der Forschungsrat und seine nachgeordneten Kommissionen und Arbeitskreise wurden 1972 zwar formal nicht aufgelöst, hatten aber seitdem kaum noch Bedeutung. Zudem wurde das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft anonymer. „Im strengen Sinn hat es in der DDR- ähnlich wie im Dritten Reich- keine Interessengruppen gegeben, die unabhängig vom Staat, aufgrund freiwilliger Mitgliedschaft und in Konkurrenz zu anderen partikulare Interessen vertreten hätten.“ (Lösche, 2007, S. 35). Zusammenfassend lässt sich über den Einfluss von KMU auf die Wirtschaftspolitik der DDR sagen, dass grundsätzlich nur Argumente Geltung beanspruchen konnten, „die der eigenen Ideologie entsprachen und, wo diese prinzipiell wenig variable Weltansicht nicht ausreichte, griff man pragmatisch auf Expertisen zurück, die einem gerade nützlich erschienen.“ (Steiner, 2004, S. 124). Nach Meinung von E2 gab es Mittelstand in der DDR, so wie wir ihn zumindest kennen, nicht. Es gab kleinere Unternehmen, die existierten und eingeschränkt agieren konnten, zumindest im handwerklichen Bereich. Aber sowohl im Handel, als auch in der Industrie, gab es laut E2 keinen Mittelstand. Politikberatung diente „nahezu ausschließlich der Legitimation der beschlossenen Politik.“ (Ebd. S. 125). Doch wie in der Besatzungszeit der Alliierten, kann der Einfluss von KMU höher eingeschätzt werden als der von größeren Unternehmen, da Sozialismus vor allem jedoch „Vergesellschaftung der großen Unternehmen, nicht aber der Mittel- und kleinen Betriebe [bedeutete].“ (Eschenburg, 1989, S. 83).

Wiedervereinigung

Nach dem Fall der Mauer verfolgten die Politiker „in erster Linie das Ziel der Wiedervereinigung. [...] Alle anderen Ziele hatten von daher aber hinter dem Hauptziel zurück zu treten. [...] Nie zuvor aber schien die Kluft zwischen den Wirtschaftswissenschaftlern und den Politikern so groß gewesen zu sein wie im Zuge der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.“ (Apolte; Kirschbaum, 2005, S. 48, Zit. n. Schüller; Weber, 1998). Tragisch war in diesem Zusammenhang, dass gerade in dieser Zeit eine effiziente, wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung besonders von Nöten gewesen wäre. Jedoch verzichteten die Politiker auf diese. Ursächlich dafür war, dass die Politiker schnell Lösungskonzepte entwickeln und handeln mussten. „Sie mussten schnellstmöglich Fakten schaffen, hinter die zurück zu kehren schwer möglich sein würde, und sie mussten Problemstaus abbauen, die sich seit dem 9. November 1989 an allen Enden zusammenbrauten.“ (Apolte; Kirschbaum, 2005, S. 52 ff.). Zudem standen eigene, persönliche Interessen der Politiker und Interessengruppen nicht im Hintergrund. Alle Parteien versuchten ihre eigene Position zu verbessern. „Wissenschaftler dagegen mahnten zum Innehalten und dazu, die Umbruchsituation zu nutzen, um neue Strukturen zu entwickeln und Fehlentwicklungen aus der Vergangenheit zunächst einmal zu korrigieren und um dann umso bessere Strukturen für Gesamtdeutschland zu schaffen.“ (Ebd. S. 53). Als Vorbild für die Zeit der Wiedervereinigung diente abermals die Beratungspraxis in den USA. Doch grundsätzlich hat „Der Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik [...] die Verbandslandschaft wenig verändert.“ (Lösche, 2007, S. 30- 31).

Allerdings kann nicht nur eine Stagnation in der Entwicklung der Politikberatung gesehen werden. E1 betont, dass besonders durch die Beteiligung unabhängiger, wissenschaftlicher Institute in Deutschland in der Politikberatung seit den 90er Jahren neue Akzente gesetzt wurden. In der Phase der deutschen Einigung legte der Wissenschaftsrat beispielsweise „die Basis für den Aufbau einer leistungsfähigen Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern. Er begutachtete die Mehrzahl der außeruniversitären Einrichtungen der DDR und erarbeitete

umfangreiche Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern.“ (Wissenschaftsrat, 2012) Zugleich musste sich die Wissenschaft aber auch mit einer Reihe von Forderungen konfrontiert sehen. Diese beinhaltete die Forderung nach einer Steigerung der Effizienz von Forschung und Lehre (bei stagnierenden Mitteln), nicht zuletzt durch nachhaltige Reform der institutionellen Strukturen. Sowie der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund einer Globalisierung der Wissenserzeugung und des Wissenstransfers. Des Weiteren der Forderung nach der Optimierung der Innovationsfähigkeit des Wissenschaftssystems durch eine Verbesserung des Zusammenwirkens von öffentlich finanzierter Forschung und Wirtschaftsunternehmen und der Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit. (vgl. Wissenschaftsrat, 2012) In Bezug auf die Politikberatung wurde diese insbesondere hinsichtlich des Aspekt, „wie“ Beratung ablaufen soll, überprüft und verändert. Diese sollte evidenzbasierend, also auf Fakten aufbauend, stattfinden. Wichtiger Punkt hierbei ist, nach E1 die Frage danach, welche empirische Evidenz die Richtige ist. Diese Evidenz muss durch eine kontrafaktische Analyse generiert werden. In dieser werden die Maßnahmen durch verschiedene Vergleichsgruppen einander gegenübergestellt und so eine Wirkungsanalyse durchgeführt. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist auch, wie es beispielsweise bei der 2003 neu eingeführten Hartz-reform bestimmt wurde, eine solche Maßnahme gleichzeitig unabhängig wissenschaftlich zu evaluieren. Um dies zu gewährleisten muss diese Evaluation auch im Gesetz festgelegt werden. So ist es auch damals, erstmalig mit Einführung der Hartz-reform geschehen. Dieser Aspekt ist nach E1 ausschlaggebend gewesen für den Erfolg dieser. E1 betont daraufhin weiter, dass dies ein revolutionärer Wendepunkt in der jüngeren Geschichte der deutschen Politikberatung gewesen sei. Zumal diese Reform die Sozialpolitik stark reformiert hat. Und eine Rückschau zeigt: „Keine Reform hat das Land je stärker umgekrempelt.“ (vgl. Schuler, 2012, S.1)

Politikberatung Heute und Zukunftsaussichten

Rahmenbedingungen unserer Zeit und Anforderungen an die Politikberatung

Politische Anforderungen der Gegenwart

Grundlegende Unterschiede zu den Rahmenbedingungen früherer Politik sind zum einen die weitaus größere Population und zum anderen die Umorientierung bzgl. der Herrschaftsformen (vgl. Böhret, 2004, S.370). Während bei den Anfängen der Politikberatung hauptsächlich Monarchien vorlagen, sind es heute überwiegend Demokratien (vgl. Böhret, 2004, S. 379), welche die Rücksichtnahme auf andere Personengruppen mit sich bringen. Aus diesen beiden, scheinbar überschaubaren, Umständen ergeben sich eine Reihe neuer Anforderungen. Es entstand eine Vielzahl neuer Interessensgruppen, welche ihrerseits zudem stark pluralistisch ausgeprägt sind und im Laufe der Zeit - auf die Kosten der Machthoheit des Regierenden - immer mehr an Einfluss gewonnen haben (vgl. Rafat, 2006, S. 39f.; Böhret, 2004, S. 370). Zu diesen zählen beispielsweise die Gesellschaft, die Wirtschaft und Oppositionen sowie weitere Länder durch EU-Erweiterung und Globalisierung. In dem für diese Arbeit durchgeführten Interview betonte auch E2 die ausufernde Bürokratie der Gegenwart. Dieser Umstand führt für alle Beteiligten zu zunehmender Intransparenz bei Entscheidungen sowie zu starken Informationsasymmetrien und vielen Principal-Agent-Beziehungen. Nicht ohne Grund wird in der heutigen Literatur die Bedeutung der (ökonomischen) Politikberatung betont (vgl. Böhret,

2004, S. 370; 376). Politikberatung kann ihrerseits jedoch ebenso eine Principal-Agent-Problematik hervorrufen (vgl. Hauff, 1979, S. 183). Daneben existieren aktuell weitere Probleme bei und mit der Politikberatung, wie z. B. die häufig geringen Beratungserfolge im ökonomischen Bereich (vgl. Theurl, 2005, S. 30), und das schier unbegrenzte Beratungsangebot, das z. T. mehr Fragen aufwirft, als es zu beantworten vermag (vgl. Böhret, 2004, S. 377). Trotz den vielen verschiedenen Beratungsangeboten scheint es den herrschenden Beratungsbedürfnissen immer noch nicht optimal zu begegnen. So betont Theurl (vgl. 2005, S. 43) die noch nicht ausreichend differenzierten Beratungsmodelle. Die eben erwähnte EU-Erweiterung führt zu einer veränderten Machtarchitektur (vgl. Rafat, 2006, S. 37f.) und in geschichtlicher Perspektive zu neuen Herausforderungen. So veranschaulicht Leschke (vgl. 2005) den Systemwettbewerb zwischen den Ländern. Die Mitgliedsstaaten haben also nicht nur die Rücksichtnahme auf weitere Länder zu pflegen, sondern unterliegen zugleich dem Wettbewerb um Humankapital, Steuereinnahmen und die Standortbevorzugung großer internationaler Unternehmen. Stetige Reformationen seien daher unerlässlich um das eigene Wachstum und die Beschäftigung zu stimulieren (vgl. 2005, S. 326). Leschke zeigt zudem auf, dass die Politik durch den Wettbewerb um die größten mobilen Arbeitgeber unter das Diktat des Marktes zu geraten droht (vgl. 2005, S. 305). E1 betont jedoch, dass die wichtigste Anforderung an die Politik in Verbindung mit der wissenschaftlichen Politikberatung heute, die Evaluation von eingeführten Maßnahmen darstellt. Mit Einführung, muss die Politik eine gesetzliche Evaluation der Maßnahme festlegen. Wie es in der, zuvor bereits erwähnten, Harzreform geschehen ist. Dies muss nun auch für die aktuell anstehende Einführung des Mindestlohnes sowie bei zukünftigen Reformen bzw. Konzepten vorgesehen werden. Für diese Evaluation müssen politisch unabhängige Wirtschaftsinstitute beauftragt werden, welche dann eine auf evidenzbasierende kontrafaktische Analyse durchführen und die Resultate unabhängig des Ergebnisses und der Folgen, den Politischen Instanzen und der Öffentlichkeit vorlegen. (E1)

Anforderungen an die Politikberatung in Deutschland

Um die Anforderungen an die Politikberatung in Deutschland zu erkennen, ist es nötig, sich die Bedingungen zu vergegenwärtigen, denen Deutschland heute gegenüber steht. Die auffälligste Rahmenbedingung dürfte die Europäische Union darstellen. Die Mitgliedschaft in der EU bedeutet viele zusätzliche Principal-Agent Beziehungen (vgl. Theurl, S. 32ff.) und die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf weitere Länder bei Entscheidungsprozessen. Die zahlreichen systemimmanenten Delegationsbeziehungen und Informationsasymmetrien innerhalb der EU müssen zu den eigentlichen Problemen gemeistert werden (vgl. Theurl, 2005, S.35). Theurl sieht genau in diesen individuellen Informationsdefiziten die Aufgabe der Politikberatung. Neben der Zusammenarbeit gilt es jedoch auch, das eigene Land nicht im Systemwettbewerb untergehen zu lassen. Leschke (Ebd., 2005, S. 322) sieht diesen Punkt kritisch. Deutschland habe sich hier schlecht positioniert. Erste wichtige Reformen seien umgesetzt worden, dies sei jedoch bei weitem nicht genug. Ökonomisches Wissen, so Leschke, müsse z. B. in Form von Politikberatung mehr Einzug in die Politik finden (Ebd., 2005, S. 324). Produktive Wettbewerbsprozesse müssen laut ihm vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie Sozialstaatlichkeit erfolgen. Neben den Anforderungen innerhalb der EU hat Deutschland interne Ziele und Anliegen, die mithilfe von Politikberatung erreicht werden sollen. Lendi (Ebd., 2005, S. 172) nennt diesbezüglich die verfassungsrechtlich festgeschriebene Nachhaltigkeit, eine lf. wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gesellschaftliche Solidarität, ein ökologisches Gleichgewicht, die Gewähr für Handlungsfreiheit sowie die Berücksichtigung kommender Generationen. Sicher lässt sich diese Liste beliebig fortsetzen, gibt so jedoch bereits wichtige zentrale Ziele Deutschlands wieder, welche von der Politikberatung eine fachliche Expertise im entsprechenden Themengebiet erfordert. Wie

zuvor impliziert benötigt ein Politikberater in Deutschland neben dieser länderspezifischen Fachexpertise, je nach Aufgabenbereich, Kenntnis über die Wirkungszusammenhänge der EU-Politik. Die Spezialisierung steigt laut Rafat zudem durch die Globalisierung der Wirtschaft (vgl. 2006, S. 42). Durch diese Vernetzungen müssen Entscheidungen unter Berücksichtigung verschiedener Wertevorstellungen jeweiliger Kulturen getroffen werden. Der Berater, wie der Politiker selbst, haben heute daher die Aufgabe komplexe Sachverhalte zu verstehen bzw. zu beeinflussen (vgl. Rafat, 2006, S. 39f.) und dabei den Spagat zu meistern, diesen Inhalt an weitere Interessensgruppen vereinfacht weiter zu geben. Nicht zuletzt ist dies ein zentraler Faktor, da die Informationen z. T. der Gesellschaft wiedergegeben werden sollen. Der Mittelstand böte hier ungenutztes Potential, da er sowohl über ökonomisches Know-how, als auch über die Nähe zum Bürger verfügt. E2 sieht ökonomisches Know How beim Mittelstand als gegeben. Nicht ohne Grund würde dieser heute noch bestehen. Auch die Bürgernähe sieht er beim Mittelstand durch die häufige regionale Verwurzelung als gegeben. E3 betont hier, es sei wichtig für die Konsenssuche, alle Interessensgruppen in der Politik zu berücksichtigen, um Lösungen vor der Gesellschaft auch plausibel darstellen zu können. Bezüglich des Mittelstandes vermutet er hier einen Aufholbedarf. Zusammengefasst soll die Politikberatung heute dazu dienen der immensen Komplexität Herr zu werden. Sie schafft dabei jedoch zugleich ihre ganz eigenen neuen Probleme.

Beratungsformen in der Gegenwart

Allgemeine Beratungsformen

Eine Aufführung gängiger Beratungsformen findet sich in Tabelle 1. Die Kategorien der folgenden Tabelle wurden frei ausgewählt, um mögliche Vor- und Nachteile diverser Politikberatungsformen zu veranschaulichen und um ein Grundverständnis über ihre Beschaffenheit zu vermitteln. Die mit * gekennzeichneten Formen können insb. für den Mittelstand von Interesse sein.

Beratungsform	Intern	Extern	Dauerhaft	Periodisch	Abhängig v. Beratenen	Unabhängig v. Beratenen	Gefahr von Eigen-Interessen
Public-Affairs Unternehmen*		x		x		x	
Unternehmens-Verband*		x	x	(x)		x	x
Lobbyismus		x	x	(x)		x	x
Think-Tank/ Denkfabrik		x		x		x	
Beratungs-gesellschaft		x					
Gremium, Ausschuss, Kommission und Beirat	x	(x)	(x)	x		x	
Wissensch. Institution		x		x		x	
Politik Coach		x	x		x		(x)
Spontan-berater	(x)	x		x	(x)	x	(x)

Tabelle 2: Beispiele heutiger Politikberatungsformen mit tendenzieller Einordnung. Quelle: Eigene Darstellung.

Politikberatungsformen in Deutschland

Das wohl bekannteste politische Beratungsorgan in Deutschland ist der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, im Folgenden SVR. Seine Beratungsfunktion ist dennoch indirekt. Vielmehr bildet es ein Politikbegutachtungs- und Analysegremium (vgl. Wiegard, 2005, S. 84), bestehend aus fünf Ratsmitgliedern samt

wissenschaftlichem Stab. Gegründet im Jahr 1963, verfolgt der SVR seither das gesamtwirtschaftliche Geschehen in Deutschland und verfasst in diesem Zusammenhang ein Jahresgutachten. Zielgruppe des Jahresgutachtens sind entsprechende wirtschaftspolitische Instanzen, sowie die Gesellschaft. Besonderes Merkmal des SVR ist seine Unabhängigkeit. Dadurch ist er in der Lage, die im jeweiligen Jahr getätigten wirtschaftlichen Entscheidungen und Handlungen zu kritisieren. Im Kontrast hierzu steht beispielsweise das US-amerikanische „Council of Economic Advisors“, kurz: CEA. Dieses Beratungsgremium ist Teil der Regierungsadministration. Der Präsident ernennt die 3 Mitglieder selbst – mit Zustimmung des Senats. In Deutschland hingegen sind die Kabinettsmitglieder meist zugleich auch gewählte Abgeordnete (vgl. Wiegard, 2005, S. 87). Durch die fehlende Unabhängigkeit taucht im amerikanischen Jahresbericht, dem „Economic Report of the President“, keine Kritik auf. Vielmehr wirkt es wie eine Werbung für die Wirtschaftspolitik der Regierung, so Wiegard (vgl. 2005, S. 86). Erläuterungen und Rechtfertigungen seien hier hauptsächlich Inhalt. Weiter betont Wiegard (2005, S. 89) „In anderen Ländern gibt es kein Politikberatungsmodell, das dem SVR überlegen ist. [...] Es gibt nichts, mit dem er ersetzt oder ergänzt werden sollte.“ und nimmt damit Stellung zu der häufigen literarischen Diskussion, ob sich die hiesige Politikberatung das amerikanische System als Vorbild nehmen sollte (vgl. Cassel, 2005). E1 gab im hier durchgeführten Interview zum Ausdruck, dass die Politikberatung in Deutschland, aufgrund der guten Vernetzung von Wissenschaft und Politikberatung, selbst anderen Ländern als Vorbild dienen könne. Auch E2 sieht, nach Aussage im hier durchgeführten Interview, in der deutschen Politikberatung eine Vorbildfunktion und verweist in diesem Zusammenhang auf das deutsche Kammerwesen. E3 betonte in dem, im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten, Interview, dass es letztendlich eine Werteentscheidung bliebe, ob man ein unabhängigeres und wissenschaftsorientierteres System wie in Deutschland oder ein effizienteres System wie in den USA bevorzugt. Neben der indirekten Beratung, in Form des SVR, bestehe die direkte Beratung in Deutschland primär in Form von Ad hoc Kommissionen wie z. B. der Hartz-Kommission, der Rürup-Kommission oder der Herzog-Kommission (vgl. Wiegard, 2005, S. 89).

Auslöser für Veränderungen in geschichtlicher Perspektive

Änderungen in der Politikberatung ergeben sich logischer Weise durch entsprechende Änderungen in politischen Rahmenbedingungen. Diese wiederum werden durch eine Reihe verschiedener Auslöser hervorgerufen. Im Folgenden soll beleuchtet werden, was in der Vergangenheit zu Veränderungen führte, um später entsprechende Implikationen beleuchten zu können. Betrachtet man die verschiedenen Herrschaftsformen (vgl. Böhret, 2004, S. 371) im Laufe der Geschichte, wird ersichtlich, dass zu Beginn der Politikberatung hauptsächlich einzelne Machthaber im Fokus der Politikberatung standen. Mit der Zeit folgten jedoch zunehmend Machtverschiebungen hin zu weiteren Interessensgruppen wie der Wirtschaft und der Gesellschaft. Entsprechend erweiterte sich damit das Feld der Personengruppen mit Beratungsbedürfnis. Die stetig wachsende Population führte zudem zu einem immer komplexer werdenden Beratungsfeld. Untergruppen mit individuellen Ansprüchen kristallisierten sich heraus und neue Fachgebiete für die Politikberatung entstanden, was zunehmende Expertise und einen entsprechenden Bildungsstand von den Politikberatern forderte. Hinzu kam, durch die Entwicklung technischer Rahmenbedingungen (vgl. Lendi, 2005, S. 171; Böhret, 2004, S. 371), wie z. B. die Entwicklung neuer Verkehrsmittel und Informationssysteme, eine zunehmende Vernetzung zwischen den Menschen. Die

Notwendigkeit der gegenseitigen Rücksichtnahme zwischen ganzen Ländern entstand. Komplexe Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge von politischen Handlungen müssen daher vom Politikberater berücksichtigt werden. Mit dem Lauf der Geschichte änderten sich die Wertvorstellungen (vgl. Lendi, 2005, S. 171) der Menschen. Neben den Auslösern politischer Veränderungen selbst, stellt die Geschwindigkeit jener Veränderungen eine besondere Herausforderung an die Politik und ihre Berater.

Mittelstandseinfluss in der Politikberatung heute

Um Eindrücke zu bekommen, welchen Einfluss der Mittelstand heute in der Politikberatung hat, ist es ratsam direkt mit Experten über dieses Thema zu sprechen und deren persönliche Meinung zu analysieren, da kaum Literatur bezüglich des Themas „Mittelstand und Politikberatung“ existiert. Des Weiteren soll in Erfahrung gebracht werden, was der Mittelstand nun tun könnte bzw. verbessern muss, um seinen Einfluss zu stärken. E1 ist der Meinung, dass der Mittelstandseinfluss in der Politikberatung heute sehr klein ist, auch wenn die Anzahl dieser höher ist. Die wenigen Großunternehmen in Deutschland, im Vergleich, sind sehr viel einflussreicher. Wirtschaftsentscheidungen in der Politik fallen aufgrund von Ratschlägen der Großbanken und Großindustriellen. E2 bewertet den Mittelstandseinfluss in Deutschland ebenfalls als zu gering. Seiner Meinung nach, kommen die echten Anliegen des Mittelstandes und der mittelständischen Wirtschaft zu kurz. Aus diesem Grund ist auch der Einfluss des Mittelstandes in der Politikberatung zu gering. Diesen Fehler muss jedoch der Politik zu gerechnet werden und nicht der Politikberatung selber. Diese muss die Beratung auch annehmen wollen und dies geschieht in Deutschland im Moment noch zu wenig. Auch E3 ist der Meinung, dass die mittelständischen Interessen zu unterrepräsentiert sind. Großunternehmen können ihre eigenen Büros eröffnen, sei es in Berlin oder Brüssel und besitzen dadurch natürlich größeren Einfluss. „Ein mittelständisches Unternehmen kann in dieser Form nicht für sich selbst sprechen, sondern sind vielmehr auf verbandliche Vertretungsmacht angewiesen.“ Nun stellt sich die Frage, was gegen diesen geringen Einfluss des Mittelstandes heute in der Politik getan werden kann. Die befragten Experten sind sich hier zum Großteil einig. E3 möchte hier ganz klar zwischen Interessensvertretung, Lobbyismus und Politikberatung unterscheiden. In der Interessensvertretung kann dies nur durch Verbände geschehen, welche geeignete Lobbyisten nach Berlin oder Brüssel schicken können. Ganz wichtig ist es auch heute PR-Arbeit zu leisten und die neuen Medien mit einzubeziehen. In der Politikberatung sollte die Repräsentanz der Mittelständler und deren Interessensvertretungen stärker gewährleistet werden. In Kommissionen des Bundestages müssten unter anderem, neben den großen Unternehmen, auch Verbände der mittelständischen Industrie mit einberufen werden. Die Maßnahme, die den mittelständischen Unternehmen aber am meisten helfen würde sich stärker in die Politikberatung mit einzubeziehen, ist nach E3 die Präsenz der mittelständischen Unternehmen in Politikberatungsgremien zu erhöhen, durch geeignete Repräsentanten aus mittelständischen Unternehmen. Dies kann jedoch nur mittels Druck von engagierten Mittelständlern selbst geschehen. Ein weiterer Ansatz, den Mittelstandeinfluss in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung zu erhöhen, ist die Gründung von eigenen Forschungsinstituten durch mittelständische Unternehmen selbst. „Und wenn Sie von wissenschaftlicher Politikberatung reden, dann spielt diese Art von wissenschaftlichen Auslagerungen, die angedockt sind an die Verbände eine zunehmende Rolle.“ E1 weißt ebenfalls darauf hin, wie E3 zuvor, dass der beste Weg den Einfluss des Mittelstandes in der Politik zu erhöhen, der Einsatz eines geeigneten Repräsentanten aus einem mittelständischen Unternehmen selbst in Beratungsgremien ist. Dieser sollte engagiert, eloquent und ein ansprechendes Charisma besitzen. Hierfür müsste aber durch die Politik eine geeignete Anreizstruktur geschaffen werden, um Mittelständler für einen solchen Weg zu motivieren. Die neuen Medien spielen heute hierbei auch eine sehr wichtige Rolle, um sich

öffentlich zu artikulieren und Gehör zu verschaffen. Demgegenüber besteht aber das Problem, dass mittelständische Führungskräfte nicht die nötige Zeit hierfür aufbringen können. Ebenso argumentiert E2, dass mehr Mittelständler in die Politik gehen sollten. Dies steht ganz klar außer Frage, jedoch fehlt diesen die nötige Zeit und Geld hierfür. Unter anderem müsste sich die Politik in Deutschland auch für diese mehr öffnen und mehr Vertrauen schenken und des Weiteren bürokratische Verfahren vereinfachen. Es kann ganz klar erkannt werden, dass sich alle drei Experten, bezüglich diesen Themen, einig sind. Der Mittelstandseinfluss in der Politikberatung und wissenschaftlichen Politikberatung ist heutzutage viel zu gering und unterrepräsentiert. Großunternehmen haben hier ganz klar die Oberhand. Maßnahmen zur Verbesserung müssen von den Mittelständlern selbst kommen. Diese sollten dabei idealerweise herausragende Persönlichkeiten sein und die nötige Zeit und das nötige Geld dafür aufbringen können. Zusätzlich muss sich auch die Politik selbst ihnen gegenüber mehr öffnen und Anreizstrukturen schaffen. Werden der Vollständigkeit halber (vgl. Kapitel 5.2) ost- mit westdeutschen Unternehmen im Hinblick auf ihre Stärke und Fähigkeit, sich Gehör in der Politik zu verschaffen verglichen, so kann, trotz der Historie, kein wesentlicher Unterschied festgestellt werden. Zudem wird dieser Aspekt von anderen Kriterien, laut E3, überlagert. Unterschiede gibt es demzufolge eher durch ökonomische Potenz, Zukunftsfähigkeit und der Arbeitsmarktbedeutung zwischen den ost- und westdeutschen Unternehmen. Lediglich auf der Ebene der Regionalpolitik sieht E3 Unterschiede. E3 deutet vorsichtig an, dass ostdeutsche Unternehmen dabei möglicherweise bevorzugt werden könnten. In welcher Form dies geschieht, erläutert er jedoch nicht weiter. In der Gesellschaft wird allgemein oft davon ausgegangen, dass es mittelständische Unternehmen in der Regionalpolitik leichter haben einen Einfluss auszuüben, als auf Bundesebene und EU-Ebene. Der folgende Gliederungspunkt wird diese Thematik vertieft betrachten.

Mittelstand und Regionalpolitik heute

Im Hinblick auf die Frage, inwieweit der Mittelstand Einfluss auf die Regionalpolitik nehmen kann, so gibt es unterschiedliche Meinungen aus Expertensicht. Grundsätzlich lässt sich schon sagen, dass der Einfluss des Mittelstandes auf regional-politischer Ebene höher ist als auf Bundesebene. Ursächlich dafür ist nach E2, dass die Politik vor Ort die mittelständischen Unternehmen am meisten interessiert. Die Region liegt nicht im Interesse von größeren Unternehmen, es sei denn, es handelt sich um familiengeführte Unternehmen. Zudem seien die großen, politischen Entscheidungen auf regionaler Ebene wie Infrastrukturfragen, die vor allem die Großunternehmen interessieren, bereits mit Einfluss dieser gefällt worden. Auch sieht es E1 als großen Vorteil, dass viele mittelständische Unternehmen heute weltweit unterwegs sind und Topmarktführer in irgendwelchen Nischen sind. Historisch betrachtet hat die Regionalpolitik erst in den späten 50er/ 60er Jahren ihren Aufschwung erfahren. Dabei ging es um den Ausgleich zwischen strukturschwachen und starken Regionen (E3). Ein Thema, was momentan für den Mittelstand regionalpolitisch äußerst brisant ist, ist der des Fachkräftemangels, welches in den ländlichen Gebieten ein großes Problem ist durch die Abwanderung der Bevölkerung in die Städte. Allerdings kann auf landespolitischer Ebene nicht unbedingt von unabhängig gefällten Entscheidungen der Politik gesprochen werden. Laut E2 kann vielmehr von einem Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Politik, Verwaltung, Kirche, Apotheker vor Ort gesprochen werden. Diese würden sich dann sonntags nach der Kirche treffen und politische Belange regeln. Nach E2 sei dies allerdings nicht ausschließlich negativ zu sehen, sofern damit etwas Positives erreicht werden will. Um den Einfluss des Mittelstands in der Regionalpolitik noch weiter zu fördern, sind nach Meinung von all unseren Experten, Verbände und Kammern eine mögliche Option. E2 betrachtet sie sogar als „Geschenk“, die dem Mittelstand in die Wiege gelegt worden ist. Problematisch findet er jedoch an Verbänden, dass Mitglieder jederzeit die Möglichkeit haben auszutreten.

Zudem kritisiert er, dass Verbände häufig nur durch große Unternehmen finanziert werden. Wichtig ist jedoch das Engagement des Mittelstands. Dass dieser, um seinen Einfluss auf regionaler Ebene zu erhöhen, auf vielen Ebenen gleichzeitig aktiv sein muss.

Politikberatungsstrukturen als Vorbildfunktion

In einem Punkt sind sich alle drei Experten einig, die Politikberatung in Deutschland kann in vielen Punkten als Vorbild für andere Länder gelten - jedoch nicht ohne Einschränkungen. E2 sieht ganz klar das traditionelle Kammerwesen in Deutschland als Vorbild für andere Nationen. Die Stärke dieser sei, dass jeder Mitglied einer Kammer ist und auch sein muss. In vielen Ländern gebe es diese entweder nicht mehr oder es habe sie nie gegeben. Dies empfindet er als großen Nachteil für den Einfluss des Mittelstandes in der jeweiligen Politik eines Landes. Des Weiteren können andere Länder von der disputfreundlichen Gesellschaft in Deutschland noch etwas mehr lernen. Die Fähigkeit Themen im Detail auszudiskutieren fehle andern Ländern heutzutage gänzlich. E2 räumt jedoch ein, dass entsprechende Umsetzungen noch zu viel Zeit in Anspruch nehmen. E1 stellt besonders die evidenzbasierte kontrafaktische Analyse als wichtigsten deutschen Vorreiter in der Politikberatung dar. Die Harzreformen, welche auch in Zusammenarbeit mit dem IZA entwickelt wurden, sind hierfür gute Beispiele. Die Konsequenz, mit der Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland vereint werden, könne als Vorbild für andere Nationen dienen. Der amerikanische Präsident habe die ziemlich besten Ökonomen zur Verfügung, jedoch seien diese zum einen nicht ungebunden von der Regierung und zum anderen würde das Potential durch die zweijährigen Amtszeiten nicht voll ausgeschöpft. Nach E3 ist das deutsche Politikberatungsmodell ein stark unabhängiges. Er sieht die deutschen Think Tanks als ein Vorbild für andere Nationen. Diese haben eine Grundfinanzierung im Gegensatz zu den Modellen von vor 30 Jahren. Dadurch wird mehr Freiheit bzw. Unabhängigkeit geschaffen, obwohl diese Finanzierung staatlich ist. Es bleibe jedoch eine Werteentscheidung, ob politische Interessen verfolgt und somit mehr Effizienz geschaffen oder aber gesellschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Interessen mehr Berücksichtigung finden sollen um eine höhere Unabhängigkeit zu wahren. Was richtig und was falsch ist solle dabei nicht nach politischen Kriterien erfolgen, denn dann könne es die Politik selbst entscheiden. Sie soll sich entscheiden nach dem Stand der Wissenschaft bzw. dem Querschnitt der gesellschaftlichen Interessen.

Zukunftsbetrachtung und Implikationen

Politische Anforderungen in der Zukunft

Die wahrscheinlich zentralste Anforderung an die Politikberatung in der Zukunft wird es sein, der in vielfacher Hinsicht zunehmenden Komplexität Herr zu werden. Gründe für diese zunehmende Komplexität sind mehr Menschen, mehr und pluralistische Interessensgruppen, Internationalisierung, Zunahme der Politikberatungsformen u.v.m. Hinzu kommt, dass das Politikberatungsangebot scheinbar trotz des immensen Angebots immer noch nicht in der Lage ist die individuellen Beratungsbedürfnisse abzudecken. Das hat zur Folge, dass immer noch Stimmen laut werden, die nach weiterer Differenzierung von Beratungsmodellen verlangen (vgl. Theurl, 2005, S. 43). Für die nähere Zukunft wird es aufgrund der zunehmenden politischen Internationalisierung schwer, für mittelständische Unternehmen sowie die Bevölkerung Gehör zu finden (vgl. Theurl, 2005, S. 39). Bereits heute ist fraglich, in wie weit der Bürger Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der EU-Politik hat. Auch mittelständische Unternehmen finden aktuell primär in der Lokalpolitik Gehör, darüber hinaus jedoch weniger. Die Politikberatung für den Bürger sieht Theurl (vgl. 2005, S. 39) zudem als

Problemfeld. Fehlende Anreize in der Politik sowie mangelnde Finanzierungsmöglichkeiten seien der Grund. Sie sieht einen Lösungsansatz in Think Tanks, finanziert durch Stifter. Bezüglich der Wirtschaft betont Leschke eindringlich die Notwendigkeit von künftigen Reformen (vgl. 2005, S. 323). Der Systemwettbewerb um Wachstum und Beschäftigung mit anderen Ländern erfordere eine stärkere Integration ökonomischen Know-hows in der Politik sowie viele weitere Ausbesserungen auf nationaler Ebene. Eine weitere Anforderung sieht er, im Angesicht des Systemwettbewerbs darin, die Politik nicht unter die Diktatur des Marktes geraten zu lassen (vgl. 2005, S. 305). Theurl (vgl. 2005, S. 43) erkennt ebenfalls einen Bedarf an wirtschaftswissenschaftlichem Know-how in der EU zur Lösung zukünftiger Probleme.

Implikationen für die Gegenwart und die Zukunft

In Deutschland ist das Augenmerk zur heutigen Zeit auf die Internationalisierung und die damit verbundenen Chancen und Risiken gerichtet. Für die langfristige Fähigkeit international bestehen zu können, müssen jedoch zunächst interne Hürden gemeistert werden. So muss der Blick für wirtschaftliche Zusammenhänge geschärft werden und eine Entwirrung des Beratungsangebots stattfinden um versteckte Potentiale optimal nutzen zu können. Insbesondere eine bessere Einbindung des Mittelstandes kann helfen, ökonomisches Know-how zu gewinnen und seinem Ruf nach mehr Gehör entgegenkommen. Eine mögliche Lösung wäre hier die Förderung der Inanspruchnahme von Public Relations Agenturen durch mittelständige Unternehmen sowie die gezielte Unterstützung von entsprechenden Verbänden. Denn nach Interviewaussage von E3 kann sich der Mittelstand, durch branchenspezifische Verbände, auch über nationale Grenzen hinweg Gehör in der Politik verschaffen. Schließlich gebe es auch ein „Europa der Mittelständischen Interessen“. Für die fernere Zukunft scheint es dringend notwendig zu sein, den zuvor erwähnten Arten von Komplexität bewusst entgegen zu wirken. Es stellt sich jedoch die Frage, ob der steigenden Komplexität wirklich mit einer ebenfalls steigenden Komplexität in der Politikberatung geholfen ist oder ob dies in Zukunft nicht vielmehr zu einem Kollaps des Systems führen kann. Böhret (vgl. 2004, S. 377) beispielsweise, sieht in den vielen Beratungsformen das Problem der Irritation der Ratsuchenden. Getreu dem Motto „Back to the roots“ denkt er eine Form der Politikberatung an, in der der Politiker einen eigenen persönlichen Berater besitzt. Böhret nennt diese Form der Beratung den „Neo Narr“ und spielt damit auf die wohl ursprünglichste Form der Politikberatung an. Im mit E3 durchgeführten Interview, gab dieser Aufschluss darüber, dass er sich diesbezüglich persönlich mit Böhret ausgetauscht habe. Er sei jedoch einer anderen Auffassung. So sehr eine unabhängige Form der Beratung auch wichtig bliebe, läge in Zukunft der Fokus eher auf der Bekämpfung kommender Herausforderungen. Hier sei das Gegenteil eines "Neo-Narren" gefragt, nämlich der Sachverständige. E2 sagt ebenfalls im Interview aus, dass in Zukunft andere Formen der Politikberatung gefragt seien. Er sieht hier den richtigen Ansatz in Think Tanks. Auch wenn auf fachbezogene Politikberater in Zukunft nicht verzichtet werden kann, stellt der „Neo Narr“ in Zukunft vielleicht ein gutes komplementäres Instrumentarium dar, um sich im breiten Beratungsangebot und der Interpretation entsprechender Empfehlungen zurechtzufinden. Denn E3 sieht, nach Interviewaussage, in Zukunft mehr entstehende Ad-Hoc-Gremien und eine bunter und pluralistischer werdende Politikberatung. Auch ein Versuch die verschiedenen Formen der Politikberatung zu kategorisieren (vgl. Theurl, 2005, S. 43) kann helfen, die geeignete Beratungsform zu finden und sich widersprechende Aussagen verschiedener Beratungsparteien zu verhindern. E3 spekulierte, im Rahmen des Interviews, auf eine sich in Zukunft bildende Ebene oberhalb von Brüssel. Ein Weltnetzwerk von politikberatenden und agierenden Akteuren sei hier vorstellbar. Unter der Annahme einer weiteren Annäherung an eine politische Weltordnung wird der Beruf des Politikberaters so komplex, dass eine Hierarchisierung der Beratungsfelder sinnvoll wäre. Demnach könnten politikinterne oder

externe Beratungsgruppen die Wirkungsketten von Entscheidungen der Politiker auf allen Ebenen (fachliche Auswirkungen → nationale Auswirkungen → internationale Auswirkungen) prüfen und anschließend eine aggregierte Empfehlung aussprechen. Oberstes Gebot wird es in Zukunft also vermutlich sein, zu verhindern, dass das „Komplexerwerden“ der politischen Rahmenbedingungen durch die komplexen Beratungsformen intensiviert wird und die Politikberatung das Gegenteil von dem bewirkt was ihre Intention ist: Sachverhalte zu verstehen und vereinfacht wiederzugeben, um die Komplexität von Entscheidungsfindungen zu reduzieren. Die Forschung sollte ein größeres Augenmerk auf die Geschichte der Politikberatung richten, um aus dokumentiertem Wissen profitieren und Implikationen für die Zukunft ableiten zu können. Die Wiederholung von Fehlern in der Geschichte kann so zudem verhindert werden. Diese Fehler sollten nicht umsonst gewesen sein. Es wäre fatal, wenn jede Epoche, jede Generation oder gar jeder einzelne Politiker selbst aufs Neue durch Versuch und Irrtum lernt. Ein Fortschritt wäre so nicht möglich.

Fazit

In rückblickender Betrachtung bleibt festzuhalten, dass sich die Politikberatung im Laufe der Zeit primär durch Änderungen der politischen Machtverschiebung, durch die Verschiebung vom Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor, zwischen primärem, sekundärem und tertiärem Bereich und das Aufkommen neuer Interessensgruppen verändert hat. Weshalb ein Rückgang des Einflusses von KMU zu verzeichnen ist. Insbesondere durch den Beitritt Deutschlands zur EU, müssen sich KMU neuen Herausforderungen stellen, wenn sie sich Gehör verschaffen wollen. Beginnend mit der Industrialisierung nimmt der Einfluss des Mittelstandes bis heute stark ab, da auch erste, kapitalstarke und einflussreiche Großunternehmen gegründet werden. Alle drei befragten Interviewexperten sind sich einig, dass ein mittelständisches Unternehmen heute, hauptsächlich mit Hilfe von herausragenden Persönlichkeiten aus deren eigenen Branche, den Einfluss in der Politikberatung stärken kann. Die Politikberatung im 19. Jahrhundert war, wie zuvor beschrieben, geprägt von der Beratung durch herausragende Persönlichkeiten. Nun würde sich dieses Konzept, laut Expertenmeinungen, für die Stärkung des mittelständischen Einflusses in der Politik heute, wieder bewährt machen, besonders auch, um sich in den neuen Medien und in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Dabei wird aber vernachlässigt, dass diesen Unternehmern hierfür meist die benötigten Ressourcen, Geld und Zeit fehlen, sowie wenig Motivation aufbringen können, da sie nur sehr wenig bis gar keine Gegenleistung, Vorteil oder Gewinn von der Politik erwarten. Allein das persönliche Engagement eines mittelständischen Unternehmens reicht nicht aus. Anreizsysteme müssen hier zukünftig geschaffen werden. Im Laufe der Geschichte lag dem Begriff "Experte" in der Politikberatung nicht immer eine einheitliche Vorstellung zugrunde. Dies muss stets bei Analysen und Interpretationen berücksichtigt werden. Langfristig betrachtet wurde der Beruf des Politikberaters aufgrund zunehmender Komplexität in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Forschung zunehmend anspruchsvoller. Auch in Zukunft ist von dieser Entwicklung auszugehen, was unter anderem den Bedarf an ökonomischem Knowhow begründet und somit eine stärkere politische Einbindung des Mittelstands sinnvoll erscheint. Bezüglich der Beratungsformen blieb es zwischen Literaten und Interviewpartnern strittig, ob der Neo Narr ein geeignetes Instrumentarium für die Politikberatung der Zukunft darstellt. Unabhängigkeit und Komplexitätsreduzierung stehen hier, angesichts des stetig wachsenden Themenspektrums der Politik, einer unzureichenden Fachexpertise gegenüber. E3 sieht in Zukunft einen stärkeren Bedarf an Sachverständigen - nach eigener Aussage dem genauen Gegenteil des Neo Narren. Auch wenn der Neo Narr als Einzelberater nicht in allen Themenbereichen über spezifisches Fachwissen verfügen und somit nicht als Substitut für sachverständige Berater dienen kann,

sollte über einen solchen als komplementäres Instrumentarium nachgedacht werden, um Entscheidungsprozesse verkürzen und einen besseren thematischen Einblick beim Politiker erzielen zu können. Trotz der gewonnenen Erkenntnisse müssen viele der vorliegenden Aussagen und Zahlen kritisch gesehen und interpretiert werden. Die Aussagen der einzelnen Quellen weichen zum Teil voneinander ab. Zudem werden in vielen Quellen die lückenhaften und voneinander abweichenden Daten bemängelt. Dennoch lässt sich sagen, dass „[d]ie Sucht nach ‚Mitsouveränität‘ ein bekannter, häufig wiederkehrender politischer Trieb in der Geschichte und sie ist nicht nur eine deutsche Eigenheit, nicht einmal eine typische Erscheinung des gewaltenteiligen Staates [ist]; man findet sie in der Antike, im Mittelalter wie in der Neuzeit. Es geht um die ‚Mitsouveränität der Wirtschaftsverbände‘ im weitesten Sinn.“ (Eschenburg, 1989, S. 131) Die Frage, ob die Politikberatung aus der Vergangenheit gelernt hat, lässt sich mit Ja beantworten. Sie kann nach Meinung Claus Böhrets, wie zuvor beschrieben, auch sogar noch weiter von ihr lernen. Auf dem Grundgerüst der Vergangenheit kann somit aufgebaut werden, jedoch sollte die Umsetzung mit dessen Methoden, den Ansprüchen und der Gleichberechtigung der Gegenwart und Zukunft gerecht werden. Wichtige Voraussetzung hierfür ist jedoch die Demokratie.

Literaturverzeichnis

Apolte, Thomas; Kirschbaum, Dirk (2005): Erfahrungen mit der Politikberatung zu Beginn der deutschen Einheit. In: Leschke, Martin; Pies, Ingo (Hg.): Wissenschaftliche Politikberatung- Theorien, Konzepte, Institutionen. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 75. Stuttgart: Lucius& Lucius. S. 47- 72.

Arnold, Lea (2010): Unabhängige Wirtschaftspolitik. Wissenschaftliche Politikberatung seit 1968 am Beispiel der Fünf Wirtschaftsweisen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Becker, Hartmuth (2004): Einheit von Politikberatung und Vermittlung. In: Kreyher, Volker J. (Hrsg): Handbuch politisches Marketing. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Böhret, Carl (2004): Hofnarren, Denkfabriken, Politikcoach – Chancen und Schwierigkeiten der Politikberatung damals und heute. In: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfried (Hrsg.) (2004): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin: Dunker & Humblot, S. 369 – 380.

Cassel, Susanne (2005): Institutionalisierte Politikberatung in den USA - Ein Vorbild für die wissenschaftliche Beratung der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland? In: Leschke, Martin; Pies, Ingo (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlags-GmbH.

Dagger, Steffen (2007): Einführung: Mythos Brüssel? In: Dagger, Steffen; Michael, Kambeck (2007): Politikberatung und Lobbying in Brüssel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Eschenburg, Theodor (1989): Das Jahrhundert der Verbände: Lust und Leid organisierter Interessen in der Politik. Berlin: Wolf Siedler Verlag GmbH.

Fische, Stefan (2004): Vom Fürstenratgeber zum Politikberater: Perspektiven einer Geschichte der Politikberatung. In: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfried (Hrsg.) (2004): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin: Dunker & Humbolt.

Friedrich, Hannes (1970): Die Entwicklung der wissenschaftlichen Beratung. In (1970): Staatliche Verwaltung und Wissenschaft. Frankfurt am Main:, S. 47-75.

Gohl, Christopher (2004): Eine gute beratene Demokratie ist eine gut beratene Demokratie. In: Dagger, S.; Greiner, C.; Leinert, K.; Meliß, N.; Menzel, A. (Hg.): Politikberatung in Deutschland- Praxis und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 200- 215.

Grossekettler, Heinz (2005): Wissenschaftliche Politikberatung: Beiräte von Ministerien als politikberatende Institutionen. In: Leschke, Martin; Pies, Ingo (Hg.): Wissenschaftliche Politikberatung- Theorien, Konzepte, Institutionen. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 75. Stuttgart: Lucius& Lucius.

Hauff, Volker (1979): Wie lässt sich die Verständigung zwischen Wissenschaftlern und Politikern verbessern? In: Greiffenhagen, Martin; Prätorius Rainer (Hrsg.): Ein mühsamer Dialog. Beiträge zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Köln/ Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt, S. 182 – 192.

Heye, Uwe-Karsten (1970): Insgesamt 5914 Berater. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 184, 3.8.1970.

Kraus, Hans-Christof (2004): Vorformen und Anfänge der wissenschaftlichen Politikberatung im 19. Jahrhundert. In: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfred (Hrsg.) (2004): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin: Dunker & Humboldt.

Krevert, Peter (1993): Funktionswandel der wissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland. Münster: Lit

Lendi, Martin (2005): Politikberatung – Nachfrage, Resonanz, Alibi. Zürich: vdf Hochschulverlag AG.

Leschke, Martin (2005): Systemwettbewerb und Institutionen – Voraussetzungen einer erfolgreichen Politik(-beratung) in Deutschland. In: Leschke, Martin; Pies, Ingo (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlags-GmbH.

Lösche, Peter (2007): Verbände und Lobbyismus in Deutschland. Stuttgart: W. Kohlhammer GmbH.

Rafat, Shamim (2006): Qualitätsmanagement in der Politikberatung – Professionalisierung der Politikberatung durch die Entwicklung von Qualitätskriterien? Berlin: LIT Verlag.

Raphael, Lutz (1996): Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: GG 22 (1996), S. 16-193

Rudloff, Wilfried (2004): Politikberatung als Gegenstand historischer Betrachtung. Forschungsstand, neue Befunde, übergreifende Fragestellungen. In: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilfried (Hrsg.) (2004): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin: Dunker & Humboldt.

(2) Rudloff, Wilfried (2004): Wissenschaftliche Politikberatung in der Bundesrepublik — historische Perspektive. In: Dagger, S.; Greiner, C.; Leinert, K.; Meliß, N.; Menzel, A. (Hg.): Politikberatung in Deutschland- Praxis und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 178- 199.

Schuler, Katharina (2012): Ein Land, von der Hartz-Reform aufgerüttelt- Vor zehn Jahren begann die Hartz-Kommission, die Sozialpolitik zu reformieren. Die Rückschau zeigt: Keine Reform hat das Land je stärker umgekrempelt. URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-02/zehn-jahre-hartz>. (Stand: 18.07.2014)

Schuster, Christian, H. (2005) : Politikberatungsagenturen in Deutschland. Berlin/München: poli-c books Fachverlage für Politische Kommunikation.

Siefken, Sven T. (2007): Expertenkommissionen im politischen Prozess: Eine Bilanz zur rot-grünen Bundesregierung 1998 – 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Steiner, André (2004): Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR? In: Fisch, Stefan; Rudloff, Wilf-red (Hrsg.) (2004): Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive. Berlin: Dunker & Humbolt. S. 101- 126.

Theurl, Theresia (2005): Politikberatung in der Europäischen Union. In: Leschke, Martin; Pies, Ingo (Hrsg.): Wissenschaftliche Politikberatung – Theorien, Konzepte, Institutionen. Stuttgart: Lucius & Lucius Verlags-GmbH.

Wiegard, Wolfgang (2005): Politikberatung im internationalen Vergleich. In: Institutionelle Grundlagen effizienter Wirtschaftspolitik. Berlin: Berliner Buchdruckerei Union GmbH.

Wissenschaftsrat (2012): Gründung und Geschichte.18.07.2014. URL: http://www.wissenschaftsrat.de/ueber-uns/gruendung_geschichte.html. (Stand: 18.07.2014)

Abbildung & Tabellen im Text

Tabelle 1: Auflistung der Interviewexperten und Anonymisierungs-codes Quelle: Eigene Darstellung

Tabelle 2: Beispiele heutiger Politikberatungsformen mit tendenzieller Einordnung Quelle: Eigene Darstellung